

Alsfeld.Aufwärts

Wissenswertes der SPD Alsfeld zu Arbeit, Familie und sozialer Gerechtigkeit

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger von Alsfeld,

die SPD hat Wort gehalten: Wie im Jahr 2011 versprochen, haben wir unter anderem dafür gesorgt, dass die Elternbeiträge für die Kindergärten und KiTas in Alsfeld in den vergangenen fünf Jahren stabil geblieben sind und nicht erhöht wurden.

Und das obwohl beispielsweise durch das sogenannte „Kinderförderungsgesetz“ (KiföG) der CDU-geführten Landesregierung ein enormer Kostendruck erzeugt wurde, der zu erheblichen Mehrkosten für die Stadt im Bereich der Kinderbetreuung geführt hat. Gleichzeitig wurde das Kinderbetreuungsangebot in Alsfeld weiter ausgebaut und dem Bedarf der Familien angepasst.

Unsere Stadt verfügt heute über ein qualitativ hochwertiges und vielfältiges Betreuungsangebot, das kreisweit seinesgleichen sucht.

Weiter Seite 3.



Gesagt. Getan. Gerecht.
Alsfeld.Zusammenhalten.

Was wir für Alsfeld erreicht haben

Werte Bürgerinnen und Bürger, im Rückblick auf die vergangene Wahlperiode, also die letzten 5 Jahre, konnte die SPD vieles für Alsfeld erreichen:

- mit unserer Mehrheit haben wir für eine maßvolle Erhöhung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer gestimmt und zweimal eine einseitige unsoziale Erhöhung der Grundsteuern - zu Lasten der Hauseigentümer und Mieter - durch den Bürgermeister verhindert;
- unter Bürgermeister Ralf Becker klagten wir erfolgreich gegen das Land Hessen und haben mit dem "Alsfeld-Urteil" erreicht, dass der kommunale Finanzausgleich in Hessen neu geordnet werden musste;
- trotz der schlechten Rahmenbedingungen durch das Kinderförderungsgesetz des Landes haben wir dafür gesorgt, dass die Elterngebühren für die Kindergartenplätze über fünf Jahre stabil gehalten werden konnten und es zu keinen Erhöhungen kommen musste;
- wir konnten erfolgreich gegen den „Teilregionalplan Energie Mittelhessen" klagen und haben somit dafür gesorgt, dass die Wünsche und Argumente der Bürger bei der Planung von Windkraftanlagen berücksichtigt wurden;

- unter unserer Verantwortung haben die Industriegebiete in Altenburg ihren Boom erlebt. Dadurch konnten mehr als vierhundert zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Alsfeld entstehen;
- mit dem Betrag von 10.000 Euro jährlich, den wir in den Haushalt eingestellt haben, unterstützt die Stadt auf unsere Initiative hin Kinder wirtschaftlich benachteiligter Familien, damit diese bei Kindergarten-Ausflügen o.ä. teilnehmen können;
- die SPD-Fraktion hat erreicht, dass die städtische Förderung für unsere Stadtbücherei erhalten blieb. Wir haben uns dafür eingesetzt, das Erlenbad Alsfeld auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen und zahlreiche Investitionen angestoßen, um das Bad langfristig attraktiv zu halten;
- unsere Partei hat dafür gesorgt, dass Alsfeld eine Informationsfreiheitssatzung ausgearbeitet und in Kraft gesetzt hat, die es bis dahin in Hessen nur in Frankfurt am Main gegeben hat;
- wir haben uns für eine faire und soziale Vergabe städtischer Aufträge eingesetzt. Mittlerweile ist das Land Hessen diesem Beispiel durch ein eigenes Tariftreuegesetz gefolgt;

- durch unsere Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung konnten wir ein freies und kostenloses W-LAN auf dem Marktplatz auf den Weg bringen;
- weiterhin haben wir gemeinsam mit dem Vogelsbergkreis die Möglichkeit für schnelles Internet in den Stadtteilen geschaffen;
- für unsere Mitbürger haben wir die Barrierefreiheit auf dem Marktplatz und am Bahnhof auf die Tagesordnung der Stadtpolitik gesetzt und bereits zahlreiche Verbesserungen umgesetzt.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, lassen Sie uns den Weg der gerechten Stadtpolitik weiter gemeinsam gehen.

Dafür bitten wir Sie am 6. März um Ihre Stimmen für die SPD.



Florian Saueremann
Vorsitzender der SPD Alsfeld

Familienfreundliches Alsfeld:

Wir wollen Eltern von den Kitagebühren entlasten

SPD Alsfeld unterstützt hessenweite Aktion der Landespartei

Fortsetzung von Seite 1.

Wir sind der Meinung, dass die beste Bildung und Betreuung für alle Kinder, unabhängig von Geldbeutel und sozialer Herkunft, zur Verfügung stehen müssen. Dazu gehört für uns das Ziel, den Besuch von Kindergärten und Kindertagesstätten gebührenfrei zu gestalten und Familien von den monatlichen Kosten zu befreien.

Mit dem von der SPD im Hessischen Landtag vorgelegten ersten Gesetzentwurf zur Förderung von Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung möchten wir die Familien bei den Angeboten der frühen Bildung schrittweise entlasten. Denn Kitagebühren reißen häufig tiefe Löcher in das Budget von Familien. Das muss beendet werden. Ein erster Entlastungsschritt sollte deshalb bereits im Jahr 2017 gemacht werden: Wir streben an, dass bereits mit dem kommenden Haushaltsjahr die Eltern von Gebühren für den Halbtagsplatz im zweiten Kindergartenjahr, analog zu den derzeitigen Regelungen für das letzte Kindergartenjahr, entlastet

werden. Die komplette Entlastung der Eltern könnte mit der Freistellung im ersten Kindergartenjahr für einen Halbtagsplatz, danach einer Freistellung im Bereich U3 für einen Halbtagsplatz und schließlich über eine komplette Freistellung auch für die Ganztagsplätze erfolgen. Diese stufenweise Abschaffung der Gebühren ist ein gangbarer und verantwortungsvoller Weg. Wir sehen darin auch einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, weil Frauen ihre Möglichkeiten zum Wiedereinstieg oder der Vereinbarkeit mit dem Beruf dadurch verbessern können.

Ministerpräsident Bouffier (CDU) hat vor der letzten Landtagswahl 2013 versprochen, dass er eine finanzielle Entlastung Hessens aus der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs für die Einführung beziehungsweise Erweiterung der Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten nutzen wolle. Wir nehmen den Ministerpräsidenten beim Wort und fordern sein Versprechen von damals ein. Wenn Spielräume durch den neuen Länderfinanzausgleich da sind, müssen sie dazu auch genutzt werden, um unser gutes Angebot vor Ort noch attraktiver und familienfreundlicher zu gestalten.

Kostenfreie
Kindergartenplätze!

ALSFELD.ZUSAMMENHALTEN

Alsfeld
SPD

Am 6. März
SPD / Liste 2
wählen

„Krankenhäuser haben einen schweren Stand“

Gesundheitsversorgung im Fokus der Sozialdemokraten

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kaffeeklatsch mit Kandidaten“ besuchte die Alsfelder SPD das Rambachhaus, um dort über die Gesundheits-, Familien- und Seniorenpolitik zu sprechen. Der Vorsitzende der SPD Vogelsbergkreis, Swen Bastian, begrüßte die anwesenden Gäste und bedankte sich beim Referenten Ingo Schwalm, Demenzberater und Fachkrankenpfleger für die Psychiatrie, für dessen Bereitschaft unter dem Titel „Keine Angst vor Demenz“ über seine Erfahrungen in der Betreuung und Begleitung von Demenzpatienten im Vogelsbergkreis zu berichten.

Seit vielen Jahren setzt sich Schwalm unter anderem für die Belange der etwa 2000 demenzkranken Menschen im Vogelsbergkreis ein. Im Bündnis für Familie des Vogelsbergkreises engagiert er sich im Handlungsfeld „Pflege und Gesundheit“, wodurch in allen 19 Städten und Gemeinden des Kreises Informationsveranstaltungen angeboten werden konnten.

Ingo Schwalm rückte die gute Arbeit in der stationären und ambulanten Pflege in den Fokus. Oft vergessen würden jedoch häufig leider die Menschen, die sich täglich um die Pflegebedürftigen in den Einrichtungen und zu Hause kümmern. „Ohne gute Pflege gibt es keine gute Gesundheitsversorgung“, so Schwalm. Die vielen pflegenden Angehörigen und die Ehrenamtlichen, die sich um diesen Personenkreis kümmern, hätten mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung verdient.

Auch auf die aktuelle Situation der Krankenhauslandschaft ging



Schwalm aus Sicht eines Pflegefachmanns ein: So hätten die Krankenhäuser in Deutschland einen schweren Stand. Immer mehr Häuser würden bundesweit einfach aufgegeben und geschlossen. Gab es im Jahr 2000 noch 2242 Krankenhäuser, seien es jetzt nur noch etwa 1980. Experten zufolge sei mit weiteren Schließungen bis 2020 zu rechnen und zwar in einer Größenordnung von mindestens 10%. Dies bedeute in den meisten Fällen den Wegfall der wohnortnahen Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung sowie den Verlust von Arbeitsplätzen, was insbesondere strukturschwache, ländliche Regionen stark treffe.

Schwalm zeigte sich erfreut darüber, dass die Politik in Stadt und Kreis die Wichtigkeit des Alsfelder Krankenhausstandortes erkannt hätte. Mit Landrat Manfred Görig und der SPD-geführten Koalition habe das Alsfelder Krankenhaus starke Fürsprecher erhalten, die Probleme nicht nur beschreiben, sondern auch anfassen würden.

„Mit einem deutlichen Bekenntnis zur Weiterführung in kommunaler Hand und für den Erhalt der Geburtsstation haben Landrat Görig und die Vogelsberger Sozialdemokraten einen wichtigen Pflock eingeschlagen“, freute sich Schwalm.

Mit einem starken Partner in der Region wird das Krankenhaus Alsfeld nachhaltig gesichert und die gute Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung dauerhaft gewährleistet.

Einen Ausblick auf die weiteren Anstrengungen der Kreispolitik gab der SPD-Kreisvorsitzende Swen Bastian zum Abschluss der Veranstaltung: „Es ist Ziel der Sozialdemokraten, gemeinsam mit der Fachstelle für Gesundheitliche Versorgung ein ganzheitliches, flächendeckendes Gesundheitskonzept zu entwickeln, das die hausärztliche Versorgung, Krankenhäuser, Pflege, Angebote

für Demenzpatienten, Fragen rund um die Mobilität und die Palliativ- und Hospizversorgung umfasst.“ Mit dem integrierten Gesundheitskonzept, welches im Kommunalwahlprogramm der SPD Vogelsbergkreis einen hohen Stellenwert einnehme, könnten

gute, flächendeckende Gesundheitsangebote im Vogelsbergkreis weiter ausgebaut werden und die Kommunen vor Ort Unterstützung bei ihren eigenen Anstrengungen erhalten.

Im Portrait: Pascal Roglin

„Warum ich für die SPD antrete? Na weil die SPD die Partei der Chancengleichheit ist!“

Mein Name ist Pascal Roglin und ich bin 27 alt. Von Beruf bin ich Diplom Ingenieur für Energie- und Gebäudetechnik. Meine Fachgebiete sind also die erneuerbaren Energien und die Energetische Sanierung. Neben diesem Fachgebiet im Bereich Umweltschutz möchte ich mich für Chancengleichheit einsetzen.



Kostenfreie Kitaplätze gehören da für mich unbedingt dazu.

Diese gleichen nicht nur die finanziellen Benachteiligungen bei den Kindern und deren Eltern aus, sondern nehmen auch den Arbeitgebern die Scheu, eine Stelle mit einer Frau zu besetzen.

Denn der Grund warum Frauen immer noch weniger verdienen und länger nach einer Stelle suchen müssen, ist doch die Angst der Arbeitgeber, dass diese schwanger werden können und somit unter Umständen gleich

nach der Einarbeitungsphase oder wenn sie im Unternehmen etabliert sind, ersetzt werden müssen.

So habe ich es durch meine Cousine (Mechatronikerin) und eine meiner Kommilitoninnen hautnah miterleben dürfen.

Des Weiteren werde ich mich für das Krankenhaus einsetzen, weil es mir bei der Vorstellung graut, im Ernstfall kilometerweit fahren oder transportiert werden zu müssen.

Im Portrait: Anette Schmidt

In Alsfeld geboren, habe ich meine Schul- und Berufsausbildung zur Bankkauffrau in Alsfeld absolviert und arbeite aktuell als kaufm. Angestellte ebenfalls in Alsfeld.

Ein besonderes Anliegen ist mir der Schutz der Anwohner verkehrsreicher Straßen. Ich wohne mit meiner Familie an der B 62 in Leusel. Im Jahr 2014 konnte ich zusammen mit anderen Anwohnern Bürgermeister Paule eine Unterschriftenliste der Leuseler Anwohner überreichen.

Wir baten um Unterstützung, die Verkehrssituation auch im Sinne der Anwohner zu verbessern.

Für die Zukunft wünsche ich mir ein Alsfeld, das seinen Einwohnern mit all ihren unterschiedlichen Ansprüchen, geprägt durch die jeweilige Lebensphase, gerecht wird.

Nur gemeinsam können wir Veränderungen erreichen. Darum kandidiere ich als Parteilose auf der Liste der SPD für die Stadtverordnetenversammlung.



Sicher ist sicher: Erst mal SPD ankreuzen! 6.März SPD wählen!

SPD Alsfeld für faire Grundsteuern und Anliegerbeiträge

Wir alle haben bereits mehrfach vom Demografischen Wandel und seinen Folgen gehört. Sehr viele Menschen aus dem Vogelsberg und nicht zuletzt aus Alsfeld pendeln täglich zu ihren Arbeitsplätzen in das Rhein-Main-Gebiet oder in die nächstgrößeren Städte Gießen, Marburg oder Fulda.

Ein großer Teil dieser Menschen tut dies, da das „Leben auf dem Land“ unterm Strich günstiger ist als in der Stadt. Noch!

Es ist Aufgabe der Politik optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich die Menschen in den Dörfern und in der Stadt wohlfühlen.

Leider sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht immer so, dass „aus dem Vollen geschöpft“ werden kann. Dennoch

kommt es aus unserer Sicht darauf an, dass die Verteilung der notwendigerweise vorhandenen Kosten fair stattfindet.

Gleich zweimal hat Bürgermeister Paule (CDU) sehr deutlich gezeigt, auf welche Kosten er die Haushalte der Stadt Alsfeld zu einem Ausgleich bringen möchte. Für das Jahr 2014, also bereits im ersten Jahr nach seiner Amtsübernahme, war erstmalig eine Erhöhung der Grundsteuer A und B (landwirt-

schaftliche und übrige Grundstücksflächen) auf 560 %- Punkte geplant. Die Gewerbesteuer sollte zeitgleich nur um wenige Prozentpunkte auf 399% erhöht werden. Die überproportionale Anhebung der Grundsteuer hätte eine deutliche Verteuerung des Lebens für **alle** Alsfelderinnen und Alsfelder mit sich gebracht. Denn die Grundsteuer zahlen sowohl Eigenheim- und Gewerbegrundstücks-

besitzer wie auch die Mieterinnen und Mieter.

Durch unsere Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung konnten wir diese drastische Erhöhung abfedern und für eine ausgewogenere Verteilung von 485 % Punkten für die Grundsteuer A und B sowie 425 % Punkte für die Gewerbesteuer sorgen. Umso mehr verwundert mussten die Stadtverordneten die Grundsteuerpläne des Bürgermeisters für das Jahr 2015 zur Kenntnis nehmen, denn dort wurde erneut vorgeschlagen, die Grundsteuer A und B auf 560% Punkte zu erhöhen und die Gewerbesteuer sogar von 425 auf 399 % Punkte zu senken.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass die Grundsteuer von jedem Grundbesitzer unabhängig von dessen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu zahlen ist. Sie unterscheidet sich damit grundlegend von der Gewerbesteuer, bei der lediglich die Gewinne des Unternehmens versteuert werden. Sofern es also einem Unternehmen wirtschaftlich schlecht geht und die Gewinne gering sind oder gar ausbleiben, fällt keine Steuer an.

Unser Motto ist:

Alsfeld.Zusammenhalten.

Und das gilt auch für eine gerechte Steuerverteilung!

Aber nicht nur die Grundsteuern können die Haus- und Grundbesitzer um manche ruhige Nacht

bringen. Über jedem Straßenanlieger schwebt das Schwert der Anliegerbeiträge. Je nach Anzahl der Anlieger und Verkehrsbedeutung der Straße können hier sehr schnell viele tausend Euro fällig werden. Besonders dramatisch ist, dass diese Beiträge innerhalb eines Monats nachdem der Beitragsbescheid eingetroffen ist, fällig sind. Immer wieder kann man lesen oder hören, dass Anwohner mit diesen Beträgen finanziell überfordert sind. Am Ende droht gar die Zwangsversteigerung des Eigenheims.

Dies ist auch einer der Gründe, warum in der Vergangenheit in Alsfeld weniger Straßen saniert wurden, als aus technischer Sicht hätten saniert werden müssen. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer einer Straße liegt zwischen 25 und 30 Jahren. Wie viele Straßen in ihrem Wohnort haben dieses Alter? Wie viele Menschen leben an diesen Straßen und wie viele Menschen können sich eine Sanierung „ihrer“ Straße im fünfstelligen Bereich wirklich leisten?

Diese Fragen haben sich die Verantwortlichen der Stadt Alsfeld in der Vergangenheit immer wieder gestellt.

Den aktuell lauten Ruf, den „Investitionsstau bei den Straßen“ der letzten Jahre kurzfristig anzugehen, hätten alle gewählten Stadtverordneten – unabhängig von Mehrheiten oder Parteifarben – auch vor vielen Jahren schon sehr einfach in die Stadtpolitik bringen können. Die zuvor genannten Gründe dürften jedoch bei allen Beteiligten im Kopf gewesen sein.

Sich nun also hinzustellen und zu proklamieren, es müssten mehr Straßen saniert werden, ohne zu sagen, wer diese Kosten trägt, ist in hohem Maße unseriös! Nach derzeitigem Satzungsrecht der Stadt Alsfeld werden die Baukosten je nach Verkehrsbedeutung der Straße zwischen Stadt und Anliegern aufgeteilt. Dabei variiert der Anteil, der auf die Anlieger zu verteilen ist, zwischen 25 % bei überörtlichen Durchgangsstraßen die nicht Land-, Kreis- oder Bun-

Faire Grundsteuern
und Anliegerbeiträge!

ALSFELD.ZUSAMMENHALTEN

Alsfeld
SPD

Am 6. März
SPD / Liste 2
wählen

desstraßen sind, 50 % bei innerörtlichen Durchgangsstraßen und 75 % bei reinen Anliegerstraßen. Wenn man vom jeweiligen Wohnort ausgehend, vor dem geistigen Auge die Straßen durchgeht, wird man sehr schnell feststellen, dass die Mehrheit der Anliegerkosten zwischen 50 und 75 % liegen dürfte.

Somit dürfte klar sein, wer in Alsfeld die Kosten für die Straßensanierungen tragen wird. Das derzeitige Abrechnungsmodell, welches in ganz Hessen die am meisten angewendete Form darstellt, geht zudem davon aus, dass der größte Nutzungsvorteil einer Straße beim jeweiligen Anlieger liegt. Dies ist insofern zutreffend, da der Erschließung im Bebauungsverfahren eine sehr große Bedeutung zukommt. Allerdings ist es in der täglichen Praxis auch so, dass ein Großteil der Straßen nicht ausschließlich durch die direkten Anlieger genutzt wird.

In Hessen ist es daher seit einigen Jahren möglich, dass die Städte

und Gemeinden die notwendigen Straßenbeiträge nicht nur auf die Anlieger, sondern auf alle Grundstückseigentümer beispielsweise in einen Ortsteil umlegen können. Es handelt sich dabei um die wiederkehrenden Straßenbeiträge. Sofern innerhalb eines Abrechnungsgebietes Straßen saniert werden, erfolgt die Umrechnung der Kosten auf alle Grundstückseigentümer des Abrechnungsgebietes. Dies hat im Ergebnis deutlich geringere Beiträge für den Einzelnen zur Folge. Der Erhebungszeitraum der wiederkehrenden Beiträge hängt vom Umfang des zu erstellenden Bauprogramms ab. Es handelt sich also nicht um eine Steuer, die jährlich zu zahlen ist. Wenn keine Sanierung stattfindet, wird auch nicht gezahlt! Gleiches gilt für Grundbesitzer, die bereits durch Sanierungen Beiträge in der Vergangenheit gezahlt haben. Diese werden innerhalb einer Frist von 25 Jahren von Zahlungen verschont. Diese Umverteilung der Beiträge kann zu mehr Beitragsge-

rechtigkeit führen. Sie wird jedoch definitiv dazu führen, dass einzelne Grundbesitzer nicht mehr von zu hohen Beiträgen erdrückt werden - wie dies aktuell leider noch der Fall ist.

Bereits im Jahr 2013 hat die SPD Alsfeld die Initiative für eine gerechtere Anliegerbeitragsverteilung gestartet. Im Dorfgemeinschaftshaus Altenburg haben wir in öffentlicher Sitzung zu diesem Thema erstmalig informiert, bevor wir eine Initiative zur Einführung dieses Satzungsmodells in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht und mit breiter Mehrheit beschlossen haben. Diesem Beschluss, eine entsprechende Satzung über wiederkehrende Straßenbeiträge vorzulegen, ist der Magistrat mit Bürgermeister Paule (CDU) an der Spitze bis heute nicht nachgekommen.

**Wir fordern daher:
Alsfeld.Zusammenhalten.
Für faire Anliegerbeiträge!**

Letzte Geburtenstation im Vogelsbergkreis

Unterstützung für das Alsfelder Kreiskrankenhaus: Nur mit der SPD Alsfeld

Das Kreiskrankenhaus in Alsfeld ist mit mehr als 600 Beschäftigten unbestritten größter und wichtigster Arbeitgeber der Stadt und der gesamten Region. Ihm kommt eine herausgehobene Bedeutung für die Gesundheitsversorgung und Standortqualität unserer Heimat zu.

Während sich alle politischen Mitbewerber auf bloße Solidaritätsbekundungen beschränkt haben, war die SPD die einzige Partei in

Alsfeld, die eine konkrete Unterstützung für das Krankenhaus gefordert hat. Im Kreis hat die SPD seit dem Jahr 2012 konse-

quent dafür gesorgt, dass unser Krankenhaus mit 10 Millionen Euro an laufender Unterstützung, 12 Millionen an Investitionen und

zusätzlich 3,5 Millionen Euro aus dem Bundesinvestitionsprogramm zukunftsfest gemacht wird.

Während Landrat Manfred Görig und die SPD-geführte Kreiskoalition intensiv und erfolgreich an der Zukunftssicherung gearbeitet haben, beschränkte sich die CDU unter ihrem Kreistagsfraktionsvorsitzenden Paule auf das Äußern von Kritik und die wohlklingende Forderung nach stärkeren Anstrengungen. Und das, obwohl es die CDU gewesen ist, die mit ihrer Nichtentscheidung im Jahr 2009 und der folgenden Untätigkeit bis zum Regierungswechsel im Vogelsbergkreis das Haus stark belastet hat. Es ist schon ein Trep-penwitz, wenn die CDU als Oppositionspartei im Kreis stärkere Anstrengungen fordert und sich in Alsfeld selbst gegen einen Prüfungsauftrag für eine städtische Beteiligung aus dem Kommunalen Investitionsprogramm ausspricht. Unsere politischen Mitbewerber lehnen eine städtische Beteiligung an den Investitionen ebenso ab, wie auch ein klares Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft. Außer Lippenbekenntnissen hat man dort für das Krankenhaus und seine Beschäftigten leider nur wenig übrig.

Wir hätten gerne erreicht, dass auch die Stadt Alsfeld das Kreiskrankenhaus konkret unterstützt. Damit wäre die wohnortnahe ge-



sundheitliche Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleistet und der Erhalt der mehr als 600 Arbeitsplätze gesichert. Zudem ist der Erhalt des Krankenhauses ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Alsfeld. Das in den vergangenen Monaten an anderer Stelle sehr viel Energie darauf verwendet wurde, diese Unterstützung mit allen Mitteln zu verhindern, ist nicht nur bedauerlich sondern auch schädlich für das Haus.

Um gemeinsam mit dem Vogelsbergkreis mehr für unser Kreiskrankenhaus in Alsfeld erreichen zu können, bitten wir Sie um ein starkes Mandat für die neue Wahlperiode. Denn echte Unterstützung gibt es nur mit uns! In unserem Kommunalwahlprogramm 2016-2021 haben wir eine

klare Position formuliert und bekennen uns zur Unterstützung des KKH:

- Das Kreiskrankenhaus in Alsfeld wird durch eine wirtschaftliche, dauerhaft tragbare Lösung in seinem Bestand gesichert und durch verstärkte Investitionen zukunfts-sicher aufgestellt. Eine Privatisierung des Kreiskrankenhauses wird es mit der SPD nicht geben.

Wir wollen durch einen finanziellen Zuschuss dafür sorgen, dass die Geburtshilfe am Kreiskrankenhaus in Alsfeld erhalten bleibt.

Deshalb ist am 6. März jede Stimme für die SPD auch eine Stimme für ein starkes und zukunfts-sicheres Krankenhaus vor Ort in Alsfeld!

Im Portrait: Achim Quehl

Vereinsförderung in Alsfeld „Nur die SPD bringt die Vereine an die Spitze“

Wenn man in Alsfeld an Vereine denkt, fällt einem meist der Sport ein, insbesondere der Fußball- oder der Handballsport. Aber Alsfeld hat auch noch viele weitere attraktive und für das Gemeinwohl wichtige Vereine!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, als 38jähriger-Politikneuling aus Eifa möchte ich mich im Alsfelder Stadtparlament besonders für alle ehrenamtlich tätigen Menschen in unserer schönen Heimatstadt stark machen!

Im Sport haben wir ein „Dreieck: Sport – Politik – Wirtschaft“ in der Gesellschaft akzeptiert. Hier sind Sponsoringpartnerschaften für Vereine üblich und im Vereinsalltag nicht mehr

wegzudenken.

Im Bereich der Stadt Alsfeld haben wir seit wenigen Jahren wieder eine Vereinsförderung in Höhe von 55.000 Euro. Diese Förderung gilt es wenn möglich auszubauen. Bei ca. 180 Vereinen, die sich über drei Wege der Förderung aus diesem Topf bedienen können, sollte dies nur der Anfang zu einer an den Bedürfnissen der Vereine orientierten Förderung sein. Mit den Vereinen in einen Dialog kommen, sie fördern aber auch fordern muss das Ziel einer unterstützenden Vereinsförderung sein. Egal ob sportlich oder kulturell -alle profitieren davon.

Nicht vergessen möchte ich die vielen Ehrenamtlichen in all den Vereinen, die für Sicherheit und

Hilfe zu unser aller Wohl sorgen oder unser kulturelles Leben in Alsfeld bereichern. Auch dort wird Vereinsarbeit an der Basis betrieben die es verdient weiter gefördert zu werden.



Landrat Manfred Görig bei der Eröffnung des Neujahrsempfanges für Vereinsvorstände

Fakt ist...

Bürgermeister Paule und seine CDU-Fraktion schmücken sich mit der Vorlage ausgeglichener Haushalte für die Jahre 2014 und 2015.

Fakt ist, dass der Haushalt 2014 trotz Haushaltssperre mit einem Defizit von ca. 890.000 € abschloss.

Fakt ist, dass der Haushalt 2015 vielleicht mit einem „leichten Überschuss“ abschließt. Geplant war ein Überschuss von ca. 435.000 €.

Bürgermeister Paule und seine CDU-Fraktion rühmen sich, der Wirtschaftsförderung einen besonderen Stellenwert zugewiesen zu haben: Wirtschaftsförderung ist Chefsache!

Fakt ist, dass die Wirtschaftsförderung in der Vergangenheit stets Chefsache gewesen ist.

Fakt ist, dass es keiner besonderen Stabsstelle Wirtschaftsförderung

mit entsprechenden Personalkosten in der Stadtverwaltung bedurfte.

Fakt ist, dass die Stabsstelle Wirtschaftsförderung es bisher nicht geschafft hat, die für 2015 geplante Broschüre für Wirtschaftsförderung fertig zu stellen. Mehrfach angemahnt und mehrfach zugesagt!

Fakt ist, dass alle großen Unternehmensansiedlungen wie STI, Sealed Air, Raiffeisen-Warenzentrum, Jöckel in den Amtszeiten der Bürgermeister Diestelmann und Becker erfolgten und seit 2009 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze um 461 gestiegen ist.

Fakt ist, dass die seit 2013 um 133 gestiegene Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Alsfeld auf die sehr guten Leistungen der Alsfelder Unternehmen und ihrer Mitarbeiter zurück-

zuführen sind und nicht auf neue größere Ansiedlungen von Firmen.

Bürgermeister Paule und seine CDU-Fraktion beklagen den Investitionsstau in der Infrastruktur (Straßen und Plätze) unserer Stadt.

Fakt ist, dass in der Vergangenheit trotz ungenügender finanzieller Ausstattung bereits viel getan worden ist wie z. B. Liederbacher und Altenburger Straße und zukünftig noch viel getan werden muss.

Fazit ist, dass es seit 2013 zwar schöne Worte und Bilder gibt, aber nur mäßige Erfolge.

Impressum:
SPD Ortsverein Alsfeld
Florian Saueremann
Eichwaldstraße 12
36304 Alsfeld

Aktuell im Magistrat aktiv

Neben einer starken und stabilen Mehrheit braucht es in der Politik auch klare Verhältnisse im Magistrat, da dieses Gremium die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung umsetzt. Hier sind Personen mit Sachverstand und politischer Erfahrung gefragt. Derzeit gehören dem Magistrat der Stadt Alsfeld die SPD-Mitglieder Dieter Ermel, Jürgen-Udo Pfeiffer (1. Stadtrat),



Angelika Schäfer und Frank Börner an (im Bild v.l.n.R.)

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 4 | 5 | | | | 7 | 8 | |
| | 2 | | 7 | | 3 | 5 | |
| 3 | | | | 6 | | 2 | |
| | 4 | | 1 | | 9 | 3 | |
| | | 8 | | | | 7 | |
| | 9 | | 8 | | 5 | 4 | |
| 1 | | | | 5 | | 4 | |
| | 6 | | 4 | | 2 | 8 | |
| 5 | 3 | | | | | 2 | 7 |

Unser Team für die Stadtverordnetenversammlung Neue Gesichter prägen unseren Wahlvorschlag



Gute Kommunalpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn Parteien breit aufgestellt sind und damit einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Für eine erfolgreiche Politik braucht es allerdings auch die nötige Portion Erfahrung. Deshalb freuen wir uns darüber, dass wir Ihnen auch einige „alte Hasen“ auf dem Wahlvorschlag der SPD Alsfeld präsentieren können. Denn nur mit der richtigen Mischung aus neuen Ideen und Erfahrung kommt die Stadt Alsfeld weiter voran.

Unsere 37 Kandidatinnen und Kandidaten:

Florian Sauermann, Birgitt Börner, Heinz Heilbronn, Frank Schmidt, Achim Quehl, Anette Schmidt, Dr.Christoph Stüber, Carsten Weitzel, Frank Börner, Ralf Hamel, Daniela Hesse, Ingrid Neusel, Swen Bastian, Heinz Gieß, Axel Möller, Jürgen-Udo Pfeiffer, Angelika Schäfer, Dieter Ermel, Hans-Werner-Müller, Pascal Roglin, Gerhard Wettlaufer, Ulrike Zwecker, Gerhard Stock, Mehmet Ilhan, Martina Paul, Bernd Sauermann, Wolfgang Kretschmar, Willi Donath, Lothar Schäfer, Peter Rahm, Frank Diehl, Charly Klemer, Christa Haidu, Kathi Rahm, Karl Appel, Walter Weitzel, Dr.Jochen Zwecker

(Reihenfolge gem. Wahlvorschlag)

Am 6.März SPD / Liste 2 wählen!